

Eine Warnung  
vor bequemen  
Geschichtsklitterungen

## Prüfsteine für die innere Einheit

Rainer Jork

Die aktuelle öffentliche Politik wird wieder einmal durch bevorstehende Wahlen geprägt, das Werben um Wahlbeteiligung und Wählerstimmen. Dass Kanzler und Kanzlerkandidat sich zuerst nach Ostdeutschland bewegen, hat sicher etwas mit dem dortigen Fehlen eines parteientorientierten traditionellen Wahlverhaltens zu tun, wie es in Westdeutschland festzustellen ist. Zum anderen ist das letzte Berliner Wahlergebnis mit dem erheblichen Stimmenanteil für die SED-Nachfolgepartei PDS ein nicht zu vernachlässigender Denk- und Bewegungsantrieb für die Wahlkämpfer der großen Volksparteien.

Das Wahlverhalten in Ostdeutschland, Teilnahmeverweigerung, ein unkalkulierbares Votum und die Zustimmung für die PDS verblüffen immer wieder – vor allem jedoch Außenseiter und die Medien. Steckt aber hinter dem Stimmverhalten der Ostdeutschen nicht eine eigene, aus Lebenserfahrung und womöglich überhöhten Demokratievorstellungen gewachsene Konsequenz, gar Logik? Haben wir es hier nicht vielleicht mit einer deutlichen Warnung vor allem an jene zu tun, die in Ostdeutschland nur die Ausweitung traditionell westdeutscher, altbundesrepublikanischer Verhältnisse sehen wollen und noch immer nicht begreifen, dass der Mauerfall für uns alle nicht nur einen quantitativen, sondern auch einen qualitativen Umbruch bedeutete?

Mit Sicherheit ist es falsch, diese Fragen als reines Ost-West-Problem oder Nachholprozess für Zurückgebliebene abzu-

tun. Eine derart oberflächliche Zuordnung versperrt die reale Sicht der Zusammenhänge, wenn ihr auch der Reiz einer schnellen und leichthandhabbaren Zuordnung, ja Schuldzuweisung innewohnt.

Es mag bequem und für manche gut vermittelbar sein, wenn festgestellt wird, dass die Ostdeutschen vergesslich und undankbar seien, auf jeden Fall noch nicht angekommen im vereinten Deutschland, dass sie sentimental an einer zunehmend geschönten und einseitigen Vergangenheitsvorstellung hingen und überhaupt in sich nostalgisch strukturiert seien; zwölf Jahre nach der Wiedervereinigung müssten nun aber endlich die innere deutsche Einheit akzeptiert werden.

Die deutsche Politik hat ein durch Wahlperioden und reale – allerdings nicht immer erklärte – Wahlziele und Vernetzungen in den verschiedenen politischen Ebenen (also in Bund, Ländern und Kommunen) geprägtes eigenes Systemverhalten, eine eigene Dynamik. Dieses Verhalten stimmt mit der Systemdynamik von Wirtschaft, Sozialsystem und Außenpolitik oft nicht überein, sodass sich unseriöse Wahlversprechen und pseudostaatsmännisches Kompetenzgebaren, wie etwa die Inanspruchnahme des Aufschwunges Anfang 1998 durch den Kanzlerkandidaten Schröder oder seine Zusicherung, die Arbeitslosigkeit zu senken, durch Wahlverweigerung oder Stimmenentzug rächen müssen. Bei den Ostdeutschen ist die Betroffenheit über solche Vorgänge erheblich stärker als im Westen.

Wenn sich nun die beiden großen deutschen Volksparteien, dank Medienbegleitung und Untersuchungsausschüssen besonders wirksam, durch Spenden- und Korruptionsaffären oder Betrugs konstruktionen beschädigen, sieht man in Ostdeutschland möglicherweise in einer scheinbar geläuterten und durch die gleichen Medien wohlwollend dargebotenen PDS ein kleineres Übel. Dabei wird von den westlich dominierten Medien mittlerweile mehr und mehr übergangen, dass der PDS-Apparat im Westen zwar einen Exotenstatus einnehmen mag, im Osten jedoch als SED ein über Jahrzehnte stabiler Hegemonialfaktor war, durch Sowjetarmee und Verfassung abgesichert.

### Was ist innere deutsche Einheit?

Immer wieder wird die innere deutsche Einheit beschworen, ihr Zustand kommentiert und prognostiziert. Da sie jedoch nie begrifflich verbindlich definiert wurde, konnte sich sogar ein Gregor Gysi mit der Behauptung an das Rednerpult des Reichs- beziehungsweise Bundestages stellen, die PDS mit seiner Person an der Spitze wäre am besten geeignet, die innere deutsche Einheit zu vollenden. Woran mag er wohl denken? An „Proletarier aller Länder, vereinigt euch“? An die Sozialistische Einheitspartei, einst zusammengezwungen aus KPD und SPD? An die nicht gesungenen Nationalhymnen?

Sicher nicht zufällig warb Egon Bahr Anfang März im Dresdner Schauspielhaus für einen „Schluss der Debatte“ in Sachen Vergangenheitsbewältigung und Stasiaufarbeitung. Das passt sowohl zu dem Ziel, mit rot-roten Regierungen wie in Rostock und Berlin alte Macht und Partnerschaften zu befördern, als auch zu der Vermutung, dass unter den vermuteten 30 000 westdeutschen Stasimitarbeitern auch führende noch lebende und aktive Politiker sein dürften. Nicht umsonst

sträuben sich Bahr und andere gegen die Veröffentlichung der so genannten „Rosenholz“-Dateien aus den USA. Bahr vergewaltigt die Geschichte, wenn er aus der Existenz des SED-Staates nachträglich ein SED-konformes Volk ableitet. Und es ist geradezu infam, wenn er versucht, die Ostdeutschen heute mit den Mauerbauern von einst zu solidarisieren, und damit ganz bewusst einen neuen Ost-West-Konflikt konstruiert und schürt. Für solcherart Geschichtsklitterungen und Polarisierungsversuche ist das Dresdner Schauspielhaus sicher ein komfortabler Rahmen. Es wäre freilich weit weniger komfortabel für Egon Bahr gewesen, noch zu Zeiten des real existierenden Sozialismus das Gespräch mit den einfachen Menschen in der DDR jenseits von SED-Parteizirkeln zu suchen. Dann hätte er festgestellt, dass die Mehrheit der Bevölkerung ganz und gar nicht der Meinung der „führenden Partei der Arbeiterklasse“ war. Der einst von der SPD propagierte „Wandel durch Annäherung“ war keine Annäherung an die DDR-Bevölkerung, sondern eine an das SED-Regime, welche die diktatorische Unterdrückung in der DDR akzeptierte und letztlich nur festigte.

Nachdem in einer großen deutschen Wirtschaftszeitung zu lesen war, dass es eine innere Einheit Deutschlands nie geben könne, weil es ja auch zwischen den Altbundesländern Unterschiede gebe, muss wohl doch der Begriff geklärt werden: Innere Einheit soll auf keinen Fall Gleichheit, Gleichmacherei bedeuten. Die Verhältnisse in Ost und West sollen aber nach vorzugebenden Maßstäben in dem Sinn vergleichbar, nicht gleichzusetzen, sein, wie es auch die Lebensbedingungen in Nordrhein-Westfalen und Bayern sind. Es geht um Chancengerechtigkeit für die Bürger aus den neuen Ländern in Relation zu den Bürgern aus den alten Ländern. Die innere Einheit ist dann gegeben, wenn in allen Bundesländern die sozia-

len, ökonomischen und kulturellen Bedingungen für den Bestand und künftige Entwicklungen gleichen Chancen unterliegen.

Sicher hat die innere Einheit auch eine subjektive, rational nicht fassbare mentale Komponente, die jedoch weitgehend mit mess- und vergleichbaren Größen zusammenhängt. Chancengerechtigkeit im genannten Sinne ist eben nicht gegeben, wenn Jugendliche zunehmend abwandern, weil sie in Ostdeutschland weder eine Lehrstelle im dualen Berufsbildungssystem noch später eine Arbeitsstelle finden; wenn die Infrastruktur im Osten deutlich schlechter ist als im Westen und Investoren wegen höherer Benzin-, Strom- und Wasserpreise lieber andernorts ihre Produktionsstandorte errichten und dort Steuern zahlen; wenn Bundeseinrichtungen in den neuen Bundesländern kaum zu finden sind; wenn ehemalige Mitarbeiter der SED-Staatssicherheit dann nicht zur Rechenschaft gezogen werden, wenn sie vor der Wiedervereinigung bereits im Besitz eines bundesdeutschen Passes waren; wenn der Insolvenzanteil von Betrieben in Ostdeutschland das Dreifache der westdeutschen Quote ausmacht. – Die innere Einheit in den Köpfen korreliert sehr wohl mit der Wahrnehmung realer Lebensgegebenheiten und -chancen.

## Erwartungen und Realität der Ostdeutschen

Stimmungen und Wahlverhalten werden durch Erfahrungen, Prägungen und Erwartungen markiert. Der eigene Standpunkt lässt oft auch einen Standort, meist den Wohnort mit Heimatbezug, erkennen.

Die Politik der SED führte in der Zeit bis zum Bau der Mauer zur Vertreibung unternehmensbereiter Eliten in die westlichen Bundesländer. Durch diese Umtriebe ist Audi eben heute nicht mehr in Zwickau wie vor dem Krieg, sondern in

Ingolstadt. Und nicht Leipzig, sondern Frankfurt am Main wurde zur Stadt der Verlage. Leider setzt sich diese Entwicklung auch heute fort, wenn besonders kreative und leistungsfähige junge Leute aller Berufsgruppen vor allem außerhalb der neuen Länder attraktive Ausbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten finden.

Man kann es den ehemaligen und nun oft arbeitslosen Werkträgern der realsozialistischen Volkseigenen Betriebe nicht verdenken, wenn sie die vom sozialdemokratischen Bundeskanzler selbst formulierten Planvorgaben zur Minderung der Arbeitslosigkeit im eigenen Interesse nicht nur ernst nehmen, sondern auch an den Erfahrungen beim „Kampf um die Planerfüllung“ messen: Wie war es noch vor zwölf Jahren in den Volkseigenen Betrieben (VEB)? Die Partei entwarf den Plan; dieser wurde dann diskutiert und zum Gesetz erklärt. Am Jahresende erfolgte dann die so genannte Planpräzisierung – so als wäre der Plan vorher unpräzise gewesen. Und was erleben wir heute mit der Arbeitslosenstatistik? Diese wurde erst einmal um die Kurzarbeitskräfte, um zirka fünfzehn Prozent, „bereinigt“, und da sie nun immer noch allzu unerfreulich ist und die Zahl der Arbeitslosen sogar weiter steigt, wird eine weitere Änderung der Statistik erwogen. Es wird also so lange herumgedreht, bis dem Wähler dann „präzise“ – nicht etwa geschönte! – Planerfüllungszahlen vorgelegt werden können. Da liegt die Frage nahe, was hier eigentlich anders und glaubwürdiger ist als zu Tagen von Erich Honecker, Günter Mittag und Christa Luft.

Wolfgang Schäuble ist vor nicht allzu langer Zeit in einem Interview des *Focus* gefragt worden, worin er die Ursachen für das Wahldebakel in Berlin denn sehe: „Wir müssen das Missverständnis vermeiden, wir würden lange zurückliegende Schlachten schlagen. Die Menschen in Ostberlin haben den Eindruck,

CDU, SPD, Grüne, FDP seien West-Parteien. Sie fühlen sich vom Westen nicht hinreichend wahr- oder ernst genommen.“ Auf die Frage „Wie macht man das?“ antwortete Schäuble: „Nicht, indem man allem nachrennt und nachredet. Im Schüren von Proteststimmungen ist die PDS besser. Wir müssen mit der Bevölkerung verstärkt über Zukunftskonzepte diskutieren.“

Schäuble hat Recht. In den neuen Ländern sind die Probleme der dortigen Bürger anzugehen, die gewachsen sind durch Arbeitswechsel und Arbeitslosigkeit, Finanzierungsprobleme, Besitzfragen, Rechtsstreitigkeiten und Unsicherheiten beim Umgang mit Behörden, Preisen, Tarifen und den Medien. Hinzu kommen die für uns alle nicht spielerisch zu bewältigenden Aufgaben bei der Globalisierung, bei der Entwicklung von Wissenschaft und Technik in Zeiten des Überganges von der Industrie- zur Wissensgesellschaft. Die Bürger in den neuen Ländern erbrachten und erbringen eine enorme Leistung beim Verstehen, Akzeptieren und Mitgestalten der aktuellen Gegebenheiten und verdienen volle Anerkennung dafür, dass sie sich eben nicht in kurzer Zeit in Westdeutsche verwandelt haben, sondern versuchen, ihre eigene Identität zu bewahren. Und es geht eben nicht in erster Linie ums Geld, sondern um Bestätigung und Beförderung dieser Identität, die nichts mit Nostalgie zu tun hat, auch gegen den Widerstand westlicher Denkmuster.

## Demokratie erfordert Mitwirkung

Die Erkenntnis, dass in einer funktionierenden Demokratie basisdemokratische Mitwirkung in freiwilligen und ehrenamtlichen Gruppierungen unverzichtbar ist, wurde von vielen Geschädigten mindestens einer deutschen Diktatur nur unvollständig begriffen und akzeptiert. Kein Wunder, wenn viele öffentliche Aufgaben in Ostdeutschland dann von Zugewan-

derten aus dem Westen übernommen werden. Problematisch ist freilich, dass diese über Erfahrungen, Prägungen und Ziele verfügen, die mehrheitlich kaum von den Einheimischen geteilt werden.

Manch einer, der nach dem Zweiten Weltkrieg durch einen Zufall der Geschichte im freiheitlichen Teil Deutschlands leben durfte, kann offenbar nicht recht verstehen, dass Erfahrungen und Prägungen unter der realsozialistischen Diktatur nicht von heute auf morgen abgeschüttelt und durch westliche Wertmaßstäbe ersetzt werden können. Ungeduld ist jedenfalls kein legitimes Argument dafür, den Lernprozess durch eine neue Vormundschaft beschleunigen oder ersetzen zu wollen.

Als unfair wird der Hinweis darauf bewertet, man habe ja selbst mehr als vierzig Jahre fleißig für den Wohlstand gearbeitet und man solle sich doch die einstigen Bruderstaaten des Ostblocks ansehen, die mit erheblich größeren Problemen zu kämpfen hätten. Eine solche Haltung impliziert, dass die Geschichte verdienstermaßen alle Probleme des geteilten Deutschlands östlich der innerdeutschen Grenze hinterlassen habe und dass es keine gesamtdeutsche Geschichte und Verantwortung gebe.

Sicher waren und sind unter den Zugewanderten aus dem Westen viele Idealisten, die sich aus voller Überzeugung und mit viel persönlichem Engagement dem Aufbau Ost verschrieben haben. Doch es gibt leider auch die anderen, die in „Wildost“ das Land der unbegrenzten Möglichkeiten erkannten und dank Kapital, Know-how und guter Verbindungen zum Sturm auf Grundstücke, Betriebe, Fördermittel und Posten ansetzten. So manch einer der im Westen durch die feiner gewebten demokratischen Netze zurückgehaltenen Politikbewerber findet in den noch gröberen Maschen des Ostens die normalerweise verweigerte Chance. So kann es passieren, dass einer, dem im

Rheinland die Nominierung in einem Stadtrat verweigert wurde, sich im Osten nunmehr für den Bundestag bewirbt – und mit Erfolg rechnen kann. So folgt dem oft mehr oder weniger spielerisch angeeigneten Grundbesitz flugs auch ein hohes politisches Amt. Dabei wirkt es wenig mildernd, aber erklärend, dass trotz Kompetenz und Erfahrung den Ostdeutschen oft der Wille fehlt, sich politisch zu engagieren.

Wenn laut Grundgesetz die Gewaltenteilung in „Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung“ (Artikel 20) festgeschrieben ist, mag sich ein weniger durch traditionelle Ansprüche Geprägter wohl fragen, ob denn die gegenwärtigen Verhältnisse tatsächlich dem Grundgesetz genügen: Die Mitglieder des vierzehnten Deutschen Bundestages sind zu 39,8 Prozent Beamte, also im Grunde an die vollziehende Gewalt Gebundene. Ist dieser Gruppe eine freie Entscheidung im gewählten Parlament, im Organ der Gesetzgebung, überhaupt möglich?

Im Bundestag befinden sich zurzeit 127 Rechts- und Staatswissenschaftler sowie 101 Pädagogen, damit etwa ein Drittel der Abgeordneten in diesen Berufen. Sind diese Berufsgruppen jedoch typisch und repräsentativ für den ost- wie westdeutschen Bevölkerungsdurchschnitt? Liegt hier nicht eine weitere Ursache dafür, dass sich manch einer fern und unverstanden von den Politikern fühlt? Und wie sind denn eigentlich Gleichheit und Unabhängigkeit der Abgeordneten im Parlament gesichert, wenn derjenige Abgeordnete, der nicht der Beamtenschaft entstammt, Sorge haben muss, nach der Abgeordnetentätigkeit Qualifikation und Anschluss ans normale Arbeitsleben zu finden?

Es kann nicht wirklich verwundern, wenn Ostdeutsche erstaunt auf so manche Fragwürdigkeiten blicken und sich fragen: Ist das tatsächlich die lange und schmerzlich vermisste Demokratie, für

die wir 1989 auf die Straße gezogen sind? Ohne Akzeptanz unserer demokratischen Ordnung jedoch, die sich vor allem auch in aktiver Mitwirkungsbereitschaft äußert, kann Chancengleichheit nicht erlangt werden, ist die viel beschworene innere deutsche Einheit nicht zu erreichen.

## Demokratie oder Mediokratie?

Die Medien – Presse, Funk und Fernsehen – spielen in den westlichen Demokratien eine wesentliche und unverzichtbare Rolle. Ohne sie sind die erforderliche Offenheit der Gesellschaft und Kontrolle der staatlichen Organe undenkbar. In der DDR hingegen waren die Medien ein zentral gesteuertes, weitgehend gleichgeschaltetes Instrument für Agitation und Propaganda im Interesse der SED. Die DDR-Bürger waren daher quasi süchtig nach der freien Presse, nach einer Vielfalt von Meinungen und Informationen. Bedauert wurde, wer im „Tal der Ahnungslosen“ wohnte.

Wie wirken heute die lang ersehnten freien Medien auf dermaßen geprägte Informationsverbraucher? UNO-Generalsekretär Kofi Annan äußerte vor der UNO allgemein: „Medien haben die Tendenz, sich auf Misserfolge zu konzentrieren.“ Für die Ostdeutschen, die einst nur Erfolgsmeldungen zu hören und zu lesen bekamen, bedeutet dies ohne Zweifel einen Paradigmenwechsel mit tief greifenden Konsequenzen. In den neuen Ländern wird den durch die Medien übermittelten Aussagen oft ein größerer Wahrheitswert zugeordnet als im Westen. Erfolgsmeldungen werden wegen der in der DDR gemachten schlechten Erfahrungen jedoch für weniger glaubwürdig gehalten als negative Berichterstattungen. Die Folge ist, dass Misserfolge und Defizite der Demokratie zugeordnet werden und man über die Politik in der Bundesrepublik eine denkbar schlechte Meinung hat. Das befördert eine Haltung, die mit einer Vergesslichkeit um die fun-



damentalen Lebens- und Demokratiedefizite unter der SED-Herrschaft einhergeht. Die PDS erscheint dann als brauchbare Alternative, nicht nur in Berlin, und dies erst recht, wenn sie sich in Presse und Fernsehen als Verteidigerin der Rechte der Ostdeutschen präsentieren darf. Es ist schon erstaunlich, durch wie viele Talkshows PDS-Politiker wie Gysi tingeln dürfen, um dabei so zu tun, als hätten sie mit der SED-Vergangenheit nichts, mit der Zukunft der Bundesrepublik und der inneren Einheit aber alles zu tun.

Wie wir in diesen Wahlzeiten uns schwer feststellen können, beeinflussen Möglichkeiten und Art der Medienauftritte Politiker und die praktische Politik derart, dass ein funktionsprägendes Abhängigkeitsverhältnis entsteht, in dem die mediale Wirkung dominiert. Die Medien helfen bei der Organisation von Macht und sind selbst wichtige Macht im Staate. Die Medienfreiheit kreiert eine Souveränität der Medien, die oft nur eine Strafe kennen: den materiellen Misserfolg, sinkende Einschalt- und Verkaufsquoten. Wo Misserfolge nicht sofort greifbar sind, sorgen sehr oft Verkürzungen, der Verzicht auf Zusammenhänge, Unterstellungen, Besserwisserei und Häme für das kostbare Gefühl von Überlegenheit bei Schreiber und Leser. Als Ersatz für eigene Erfolgserlebnisse ist dieses Gefühl allemal gut geeignet, und es sorgt für steigenden Absatz.

Sicher können die Medien mit ihrer primären Berichterstattungspflicht nicht die Aufgaben von Politik und Wissenschaft übernehmen und explizit Zukunftsforschung betreiben. Dennoch muss die Frage gestattet sein, wieso in den Medien kaum ein Wettbewerb um Vorschläge für eine kluge Zukunftsgestaltung, Werbung für neue Erfindungen, um Innovationen in allen Lebensbereichen stattfindet. Wäre das zu riskant, weil später nachprüfbar? Bei der Darstellung von Gewalt und Kriminalität und deren

Wirkungen auf Kinder und Jugendliche sind jedenfalls wenig Skrupel festzustellen.

## Gleichberechtigt zur inneren Einheit Deutschlands

Wolfgang Schäuble hat mit seinen hier zitierten Äußerungen nur allzu Recht. Wenn die CDU auch als Partei Ostdeutschlands wahrgenommen werden will, muss sie inhaltlich und personell dort als solche erkannt werden. Es war die besondere Stärke des langjährigen sächsischen Ministerpräsidenten Kurt Biedenkopf, den Sachsen Selbstbesinnung zu vermitteln, sie mitzureißen. Wer nicht will, dass die Berliner Wahl Modellprojekt für die neuen Länder wird, muss dem ostdeutschen Normalbürger eine Chance geben, sich selbst in den Kandidaten und den formulierten Politikzielen wieder zu finden. Für ihn ist es einfach keine Alternative, die eben abgeschüttelte SED-Vormundschaft durch eine Vormundschaft West zu ersetzen. Es kann und darf eben nicht alles nach westdeutschem Muster laufen, vor allem dann nicht, wenn Mängel offensichtlich sind.

Das vereinigte Deutschland ist eine neue Bundesrepublik geworden, wenn auch von manchem unbemerkt und nicht immer gewollt. Die Berliner Mauer versperrte Wege in beide Richtungen. Uns Deutschen stehen Begegnen, Zuhören und Verstehen auch zwölf Jahre nach Abriss der Mauer gut an, wenn wir die innere Einheit wirklich wollen. Das geht nur mit verantwortungsbewussten Medien, die es ja durchaus gibt. Aufgaben gibt es genug; es geht darum, Erfahrungen zu nutzen, Fähigkeiten zu entfalten und die Leute zu motivieren, besonders dort, wo Schwieriges und Unübliches getan werden muss. Das Gewöhnliche jedenfalls ist nicht zukunftsfruchtig. Unsere Demokratie steht auf dem Prüfstand; sie muss und sie wird sich bewähren, in Berlin und anderswo.